

bei den Vier Modernisierungen Erfolg haben wolle (GMRB, 15.7.82).

Auf Weisung der Parteizentrale sollen jetzt die Parteikomitees auf allen Verwaltungsebenen die Verhältnisse der Intellektuellen untersuchen (RMRB, 26.7.82). Mehrere Provinzen haben bereits Foren veranstaltet, auf denen die Probleme der Intellektuellen diskutiert wurden (z.B. Guangdong - Radio Guangzhou, 28.6.82, nach SWB, 2.7.82; Jiangsu - Radio Nanjing, 23.6.82, nach SWB, 29.6.82; Tibet - Radio Lhasa, 2.7.82, nach SWB 7.7.82; Jilin, Lanzhou - RMRB, 25.7.82; Anhui - RMRB, 29.7.82). Es gilt vor allem, alte Vorurteile von seiten der Linken abzubauen. Immer wieder wird betont, die Intellektuellen gehörten auch zu den Werktätigen. Als eine Maßnahme, die dies ins Bewußtsein rücken soll, muß die Verleihung des Titels "Held der Arbeit" an 94 Wissenschaftler in der Provinz Hunan gewertet werden (XNA, 8.7.82).

-st-

(25)**Religionsfreiheit**

Auf einer Sitzung des nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes begrüßten die Führer der einzelnen Religionsgemeinschaften die im neuen Verfassungsentwurf vom 21.4.82 garantierte Religionsfreiheit. Der Wortlaut des entsprechenden Artikels (Art.35) lautet folgendermaßen (nach BRU vom 11.5.82):

"Die Bürger der Volksrepublik China genießen Glaubensfreiheit. Keine staatlichen Organe, keine öffentlichen Organisationen oder Einzelpersonen dürfen Bürger dazu zwingen, sich zu einer Religion zu bekennen oder nicht zu bekennen, noch dürfen sie jene Bürger diskriminieren, die sich zu einer Religion bekennen oder nicht bekennen.

Der Staat schützt legitime religiöse Tätigkeiten. Niemand darf eine Religion dazu benutzen, konterrevolutionäre Tätigkeiten auszuführen oder aber Tätigkeiten, die die öffentliche Ordnung stören, die körperliche Gesundheit von Bürgern schädigen oder das Erziehungssystem des Staates beeinträchtigen.

Religiöse Angelegenheiten dürfen von keinem anderen Land aus kontrolliert werden."

Die Vertreter aller Religionen, d.h. der Buddhistischen Gesellschaft, der Patriotischen Katholischen Gesellschaft, des Christlichen Rates (Protestanten) und

der Islamischen Gesellschaft, hießen den Artikel gut und empfanden ihn als Fortschritt gegenüber früheren Verfassungen. Der stellvertretende Vorsitzende des Christlichen Rates betonte, daß es gegenwärtig in China nur etwa 20 Millionen Gläubige gebe (eine Zahl, die sicher weit untertrieben ist), daß der Verfassungsentwurf aber dennoch vorsehe, daß diese Minderheit nicht unterdrückt und nicht diskriminiert werde, sondern die gleiche Behandlung wie die übrige Bevölkerung genieße. Bischof Yang hob hervor, daß mit Unterstützung der Regierungen aller Ebenen in den letzten Jahren über 200 Kirchen hätten wiedereröffnet werden können und daß in den meisten von ihnen ein regelmäßiges religiöses Leben stattfände. Auch der Vertreter der Buddhistischen Gesellschaft meinte, daß sich der Buddhismus in letzter Zeit günstig entwickelt habe (RMRB, 3.7.82; siehe auch GMRB, 2.7.82).

Trotz dieser optimistischen Äußerungen muß man sehen, daß die religiösen Gemeinden in China kaum Entfaltungsmöglichkeiten haben, weil sie der Parteikontrolle unterstehen. Wenn der Vertreter der Buddhistischen Gesellschaft sagt: "Wir lieben die Religion, aber noch mehr lieben wir das Vaterland", so wird deutlich, wo die Priorität zu liegen hat. Allein der Ausdruck "legitime religiöse Tätigkeiten" gibt Handhabe für weitreichende Eingriffsmöglichkeiten, denn nicht legitim ist schon alles, was gegen die vier grundlegenden Prinzipien verstößt.

-st-

AUSSENWIRTSCHAFT**(26)****Chinesische Exporte stiegen an**

Wie das Ministerium für Außenwirtschaft und Außenhandel mitteilte, betrug der gesamte Wert der Exporte (unter Verwaltung dieses Ministeriums) in der ersten Hälfte dieses Jahres 10,2 Mrd. US\$ oder 10,2% mehr als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. Die Ölexporte stiegen um 15% und die Maschinen- und Ausrüstungsexporte um 19%.

Der Importwert sank hingegen: Mit 7,8 Mrd. US\$ trat ein Rückgang um 19,7% ein. Besonders hohe Rückgänge waren bei kompletten Anlagen und Ausrüstungen (43%) sowie Walzstahl, Kupfer und anderen Metallen (23%) zu verzeichnen (XNA, 17.7.82).

-lou-

(27)**Chinesische Entscheidungen tangieren internationale Rohstoffmärkte**

Nach einem am 27.7.1982 von der britischen Organisation Landell Mills Commodities Studies veröffentlichten Bericht soll das chinesische Importverhalten den internationalen Kautschukmarkt beeinträchtigt haben. Die Rückgänge der chinesischen Importe im Jahre 1981 waren größer als die Importreduzierungen der restlichen Käufer. Selbst die Mengen, die die Internationale Kautschuk-Organisation (INRO) aus dem Markt genommen hatten, um die Preise zu stabilisieren, konnten den Preisverfall des Gummis nicht verhindern. Landell Mills schreibt die chinesische Politik einem Planungsirrtum zu. Aufgrund einer falschen Preissetzung seien zu viel Reifen produziert worden; allein im Jahre 1980 betrug der Output mehr als 27% als das Planziel (Financial Times, 28.7.82).

Zwar fiel der Kupferpreis an der Londoner Metallbörse gegen Ende Juli 1982, doch wird mit einem Anstieg der Preise gerechnet, falls die Chinesen die in den letzten Wochen abgeschlossenen beträchtlichen Kupferverträge abrufen (Financial Times, 30.7.82).

-lou-

(28)**Auslandskredite für China**

Der Kuwait-Fonds für die arabisches Wirtschaftsentwicklung wird der Volksrepublik einen Kredit in Höhe von umgerechnet ca. 50 Mio. US\$ gewähren. Das Geld ist für die Finanzierung der Ningguo-Zementfabrik in der Provinz Anhui bestimmt. Diese Fabrik ist auf eine Kapazität von 1,5 Mio. Jahrestonnen Zement ausgelegt und wird eine der größten Zementfabriken des Landes sein. Es handelt sich um den ersten Kredit des Kuwait-Fonds an China. Im übrigen wird Kuwait China die Meistbegünstigung gewähren (XNA, 7.7.82).

Nach Angaben japanischer Regierungskreise hat die Volksrepublik für das Fiskaljahr 1982 das Begehren für Kredite in Höhe von 91,2 Mrd. Yen (ca. 357 Mio. US\$) gestellt. Beijing möchte die niedrig zu verzinsenden Kredite für sechs Entwicklungsprojekte einsetzen, darunter vorrangig das Baoshan-Stahlwerk bei Shanghai und einen Petrochemiekomplex im Bereich des Ölfeldes von Daqing. Die restlichen vier Projekte stehen im Zusammenhang mit der Kohleförderung; ausgebaut werden

sollen die Hafenanlagen von Shijiusuo und die Eisenbahnstrecke Beijing-Qinhuangdao. Die Anzeichen sprechen dafür, daß Japan nur 65 Mrd. Yen (= 254 Mio. US\$) anbieten wird, weil nach seiner Meinung die einbezogenen Projekte in Verzug geraten sind und außerdem ein Gleichgewicht in bezug auf die Kredite an andere Länder eingehalten werden müsse. Eine japanische Gruppe, die kürzlich nach China gesandt worden war, hatte ihrer Regierung berichtet, daß Hilfssuchen über 90 Mrd. Yen zu hoch seien, wenn man den Stand der in Frage kommenden Projekte berücksichtige (Kyodo, 28.6.82, zit. nach SWB, 5.7.82; NZZ, 1.7.82).

-lou-

(29) Weltbankprojekt zur Verbesserung salz- haltiger Felder

Der Staatsrat hat ein Projekt genehmigt, das vorsieht, ca. 200.000 salz- und alkalihaltige Felder in der nordchinesischen Tiefebene mit Hilfe einer Investitionssumme von 350 Mio. Yuan zu verbessern. Die Weltbank wird einen zinsfreien Kredit in Höhe von 60 Mio. US\$ bereitstellen, womit etwa 34% der insgesamt benötigten Mittel für das Projekt abgedeckt sind.

China wird die bei diesem Projekt gewonnenen Erfahrungen an andere Entwicklungsländer weitergeben. Das Projekt umfaßt neun Kreise (in den Provinzen Shandong, Henan und Anhui), die traditionellerweise unter Hochwasser zu leiden haben. Es werden Kanäle in einer Länge von 70 km gebaut; des weiteren werden Gräben mit einer Gesamtlänge von 10.000 km und 9000 Brunnen gebaut. Das Projekt soll die Produktion von Getreide, Ölfrüchten und Baumwolle anheben (XNA, 22.6.82).

-lou-

(30) Über die steuerliche Behandlung ausländischer Repräsentanten in China

Auf einem von der Wirtschaftsprüfungs- und Consulting-Firma Price Waterhouse International in Hongkong veranstalteten Seminar nahmen Mitglieder einer chinesischen Delegation von Steuer- und Finanzfachleuten zur steuerlichen Behandlung von Repräsentanten Stellung. Wie Liu Zhicheng, der chinesische Delegationsleiter und Beauftragte für die allgemeine Steuerverwaltung unter dem chinesischen Finanzministerium, ausführte, unterliegen Vertretungen,

Büros, Agenturen, Niederlassungen und ähnliche Institutionen, die in China keine Geschäfte abschließen und z.B. nur in vermittelnder oder beratender Eigenschaft tätig werden, nicht der Unternehmensbesteuerung. Betroffen von diesen Regelungen sind ausländische Repräsentanten jeder Art, solange sie keine Einkünfte in China haben und dementsprechend auch keine Geschäfts-, Finanz- oder Dienstleistungsverträge abschließen, aus denen Umsätze, Einkommen oder Gewinn abgeleitet werden können. Alle nicht zur Zeichnung von Verträgen, zum Erhalt von Provisionen oder anderen Betriebseinnahmen berechtigten Firmen in China sind nicht steuerpflichtig.

Alle ausländischen Firmen mit einer als "Establishment" definierten, in China eingetragenen Niederlassung, die ein Handels-, Produktions- oder sonstiges Geschäftseinkommen erzielt, sind den seit 2.1.1982 geltenden Steuergesetzen und den Durchführungsbestimmungen vom 21.2.1982 unterworfen. Ausländische Gesellschaften ohne ein "Establishment", die in China Einkommen aus Dividenden, Zinsen, Pachten, Royalties und anderen Quellen erzielen, unterliegen mit ihrem steuerpflichtigen Einkommen einem einheitlichen Steuersatz von 20% (NfA, 21.6.82).

-lou-

(31) Weitere Verhandlungsrunde über japanisch-chinesisches Investitionssicherungsabkommen

Am 28.7. begann in Tokyo die zweite Verhandlungsrunde für den Abschluß eines chinesisch-japanischen Investitionssicherungsabkommens, die Verhandlungen finden auf Kabinettsstufe statt. Im Verlauf dieser zweiten Runde sollen besonders zwei japanische Forderungen behandelt werden: 1. Zum Schutz des Vermögens japanischer Unternehmen, die in China investieren, soll auch die Meistbegünstigungsklausel berücksichtigt werden, bzw. innerchinesische Maßnahmen dürfen japanische Investitionen nicht schädigen. 2. Im Falle der Verstaatlichung wird der japanische Vermögensanteil dem japanischen investierenden Unternehmen in voller Höhe erstattet. Falls die chinesische Seite bereit ist, die japanischen Forderungen zu akzeptieren, könnte das Abkommen im September, anlässlich des Besuchs des japanischen Ministerpräsidenten Suzuki in China unterzeichnet werden (Nikkei, 27.7.82).

-po-

(32) Ein Jahr Fujian Hitachi Television Joint Venture: Probleme des japanischen Partners

Das erste echte japanisch-chinesische Joint-Venture-Projekt im Fertigungssektor, die Fujian Hitachi Television Ltd., hat auch nach einem Jahr seines Bestehens noch mit grundsätzlichen Schwierigkeiten zu kämpfen; insbesondere haben die japanischen Manager Probleme mit den chinesischen Verwaltungsrichtlinien und der Planungsbürokratie, die durch widersprüchliche Anweisungen längerfristige Planungen unmöglich machen - so war die Firmenleitung z.B. bisher noch nicht in der Lage, den Produktionsplan für die zweite Jahreshälfte 1982 aufzustellen. Die Anfänge des Projekts waren vielversprechend: Obwohl eine längere Verlustphase eingeplant worden war, gelang es den japanischen Managern, das Produktionsziel von 90.000 Schwarzweiß-Fernsehern und 35.000 Farbfernsehgeräten auf Anhieb zu erreichen und einen Gewinn von 300.000 renminbi zu erwirtschaften. Dank der Geschicklichkeit und der guten technologischen Ausbildungsarbeit der Japaner blieb die Defekt-Quote noch unter dem Niveau vergleichbarer Werke in Singapur und Taiwan. Die chinesischen Arbeiter schätzen das gute Betriebsklima so sehr, daß die Hitachi-Manager sogar durchsetzen konnten, daß am Arbeitsplatz kein Tee getrunken wird (es ist verboten, Teetassen mitzubringen), und auch ein "Spuckverbot" war erfolgreich; selbst eine Firmenhymne wurde von den Chinesen akzeptiert. Das Lohnniveau des Joint Venture liegt deutlich über dem anderer Werke in Fujian, erhöht noch durch die japanische Gepflogenheit, Boni zu zahlen (im letzten Jahr 2,5 Monatsgehälter).

Trotz aller guten Startchancen aber wird die Arbeit der Hitachi-Manager von außen behindert; einige Beispiele:

Kein Gerät der Fujian Hitachi TV Ltd. darf außerhalb der Provinz Fujian verkauft werden, da "Verkaufsgewinne in anderen Provinzen ein Wirtschaftsverbrechen darstellen".

Ende letzten Jahres ordneten die Wirtschaftsplaner an, daß vom dritten Jahr des Bestehens des Werkes 50% der Produktion in den Export zu gehen hätten. Laut Vertrag aber ist der Export japanische Sache, und die Hitachi-Manager hatten beschlossen, den Exportanteil an der Produktion nur allmählich zu erhöhen. Im

letzten Jahr war der Export ohnehin gleich null, ganz zu schweigen von den geplanten 5.000 Exportgeräten; You Jianguan, der chinesische Präsident des Joint Venture, verlangt von den japanischen Partnern, trotz des schlechten Exportklimas 1982 30.000 Geräte (wie im Vertrag vereinbart) zu exportieren.

Schließlich kam Anfang 1982 die Anweisung aus Beijing, statt der geplanten 300.000 Geräte nur 130.000 zu produzieren, da die nationale TV-Produktion unter einem neuen Plan begrenzt werden soll; sollte Beijing auf dieser Forderung beharren, müßte Fujian Hitachi in der zweiten Jahreshälfte erste Bänder abschalten und dann gänzlich die Produktion stoppen.

Weitere Probleme: Transport nur durch chinesische Schiffe, kein Einkauf mit Devisen, Ausrüstungsanträge sind bei den Provinzbehörden zu stellen u.ä.

Einer der chinesischen Direktoren hat bereits angekündigt, daß innerhalb von drei Jahren die bisher ausschließlich aus japanischen Bauelementen gefertigten Geräte 50% chinesische Komponenten enthalten müßten. Gleichzeitig wird in Beijing die Ansicht geäußert, daß die Royalties an Hitachi zu hoch seien (6 renminbi/Gerät); die Chinesen verweisen auf eine deutsche Firma, die nur Royalties auf Exportgeräte kassiert, während Fujian Hitachi TV Ltd. auch auf die in China verkauften Geräte Royalties nimmt. Die Aussichten für dieses Joint Venture scheinen also nicht günstig - und wenn dieses Projekt scheitert, stehen die Chancen für zahlreiche neue Gemeinschaftsunternehmen schlecht (The Japan Economic Journal, 22.6.82).

-po-

(33) Chinesen wollen Japans Klein- und Mittelindustrie studieren

Am 26.7. vereinbarten Vertreter der japanischen Fuji-Bank mit chinesischen Regierungsstellen und Bankkreisen, im November in Tokyo ein dreiwöchiges "Forschungsseminar zu Fragen der Klein- und Mittelindustrie" zu veranstalten. Im Verlauf dieses Seminars sollen 13 Kader der Bank of China sowie der Chinesischen Staatlichen Wirtschaftskommission über die Situation der japanischen Klein- und Mittelindustrie informiert werden sowie Maßnahmen zur Verbesserung des Managements und zur technologischen Entwicklung in diesem Sektor

studieren. Als zentralen Bestandteil seiner Modernisierungspolitik sucht Beijing besonders die Leistungsfähigkeit der 380.000 Klein- und Mittelbetriebe durch Modernisierung zu verbessern, Japan ist dabei um Unterstützung gebeten worden. Im Rahmen des chinesisch-japanischen Wirtschaftsabkommens 1981 wurden japanische Techniker in neun chinesische Unternehmen entsandt, wo sie das chinesische Management in Fragen der Rationalisierung, des Marketing usw. berieten; dieses Programm wird auch 1982 fortgeschrieben. Das Seminar der Fuji-Bank soll den chinesischen Teilnehmern einen Eindruck von der Rolle der Klein- und Mittelindustrie in der japanischen Wirtschaftsstruktur vermitteln, und Spezialisten werden Know-how im Management solcher Unternehmen weitergeben (Nikkei, 27.7.82).

-po-

(34) Indien wünscht Preisabkommen mit China

Indien hat China ein Mindestpreisabkommen für einige Güter vorgeschlagen, die von beiden Ländern exportiert werden, um die Deviseneinnahmen zu erhöhen. Gegenwärtig gibt es starke Konkurrenz zwischen den beiden Ländern beim Export von Tee, Jute, Textilien, Sportartikeln, Wirk- und Wollwaren sowie Erzeugnissen des Leichtmaschinenbaus. Der Vorschlag wurde von Indien nach der Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen beiden Ländern gemacht. 1976 war der Außenhandel zwischen den beiden Ländern wieder aufgenommen worden, nachdem auch wieder Botschafter ausgetauscht worden waren. Seither fand ein Austausch von Handelsdelegationen statt (Financial Times, 13.7.82).

-lou-

(35) EG leitet Anti-Dumping-Verfahren gegen China ein

Auf die Vorwürfe eines griechischen Magnesiumproduzenten hin hat die EG-Kommission gegen die Volksrepublik ein Anti-Dumping-Verfahren wegen der Einfuhr von totgebranntem, gesintertem Magnesit eingeleitet. Durch Preisunterbietungen von 15% sollen die Chinesen ihre Ausfuhren von 30.506 t im Jahre 1978 auf 59.983 t im Jahre 1981 gesteigert haben. Der chinesische Marktanteil sei von 11,9% auf 25,2% gestiegen. Bei totgebranntem, gesintertem Magnesium-Carbonat wurde eine Dumping-Marge von 28% ermittelt (Ausfuhren: 1978

24.186 t, 1981 46.214 t, Marktanteil: 1978 21,2%, 1981 44,2%). (NFA, 2.7.82).

-lou-

(36) 25.000 Chinesen arbeiten im Ausland

Nach Auskunft des Büros für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Ausland arbeiten z.Zt. 25.000 chinesische Techniker und Facharbeiter im Ausland, vor allem in Ländern des Mittleren Ostens. Zwei chinesische Gesellschaften, nämlich für Hoch- und für Tiefbau, schließen entsprechende Verträge und wickeln die Geschäfte ab.

Der Sprecher des Büros betonte, daß China mit der Entsendung keineswegs sein Arbeitslosenproblem lösen wolle. An geschulten Arbeitern bestehe vielmehr auch zu Hause ein Engpaß (China Daily, 28.7.82).

-we-

WIRTSCHAFT

(37) Xue Muqiao über das chinesische Wirtschaftssystem

Auf der zweiten japanisch-chinesischen Konferenz über den Austausch wirtschaftlicher Kenntnisse hielt der bekannte Reformökonom Xue Muqiao einen Vortrag über das chinesische Wirtschaftssystem. Die Reformen der wirtschaftlichen Instrumente Preis- und Steuersystem hätten nicht mit der sich verändernden Situation Schritt halten und den regionalen Körperschaften und Betrieben nicht den vom Staatsplan bestimmten Kurs weisen können. Regionen und Betriebe tendierten dazu, den Staatsplan für ihre eigenen Interessen auszunutzen. Unter diesen Umständen könne man nicht anders, als die Leitung durch den Plan und die Verwaltung über einige Branchen, Berufe und Produkte zu verstärken. Das bedeutete, man müsse sich in beträchtlicher Weise auf Verwaltungsmaßnahmen verlassen, um die Erfüllung des Staatsplanes sicherzustellen.

Xue führte weiter aus, daß in einigen Artikeln die sozialistische Wirtschaft als Warenwirtschaft unter Führung der staatlichen bezeichnet worden sei. Jetzt schiene es, daß dies keine genaue Formulierung war. Nach seiner Vorstellung müsse die sozialistische Wirtschaft in eine geplante Wirtschaft der Warenproduktion und